

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H o n a y .

Wien, Dienstag den 11. November 1924.

Entfallende Sprechstunden . An diesem Donnerstag entfällt die Sprechstunde beim Finanzreferenten Stadtrat Breitner sowie die beim Wohlfahrtsreferenten Stadtrat Professor Tandler .

Eine Trinkerfürsorgestelle beim städtischen Gesundheitsamt.  
Gegen den zunehmenden Alkoholismus in Wien. In der letzten Sitzung des gemeinderätlichen Finanzausschusses wurde auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Professor Tandler vorläufig ein Betrag von 25 Millionen Kronen für die Errichtung einer Trinkerfürsorgestelle beim städtischen Gesundheitsamte votiert. Das Personal dieser neuerrichteten Fürsorgestelle wird vorläufig aus einem Arzt und einer Fürsorgerin bestehen, die beide selbst Mitglieder eines Abstinentenvereines sein müssen. Der ärztliche Leiter wird eine Sprechstunde im Gesundheitsamt abhalten und auch Hausbesuche zu machen haben. Durch die gesundheitliche Fürsorge werden, Trunksüchtige der richtigen Behandlung zugeführt, ferner sollen die Angehörigen von Trunksüchtigen in zweckdienlicher Weise beraten und, falls dies notwendig ist, gefährdete Kinder durch Anzeige an die kompetenten Behörden geschützt werden. Eventuell kann die Fürsorgestelle auch die Entmündigung von Trunksüchtigen beantragen. Schliesslich werden der Fürsorgestelle auch die Erhebungen von Fürsorgearbeiten der Alkoholikerabteilung am Steinhof obliegen. und  
Erschreckende Ziffern über den zunehmenden Alkoholkonsum die anwachsende Trunksucht in Wien machen die Errichtung einer eigenen Trinkerfürsorgestelle notwendig. Nachdem in der Kriegszeit von Jahr zu Jahr ein stetiger Rückgang an alkoholischen Geistesstörungen in den Irrenanstalten beobachtet wurde, steigt ihre Zahl jetzt ständig und nähert sich beträchtlich der Durchschnittszahl der Jahre 1910 - 1914 in denen 12.5 % der auf dem Steinhof eingelieferten Geisteskranken durch den Alkoholismus dahin gebracht wurden. Während am Steinhof unter je 100 aufgenommenen Geisteskranken in den Jahren 1915 bis 1918 sich 5.6, respektive 2.9, 1.4 und 2.6 Kranke mit alkoholischen Geistesstörungen befanden, steigt der Anteil der mit alkoholischen Geistesstörungen Behafteten im Jahre 1919 auf 2.9, 1920 auf 2.7, 1921 auf 4.7 und 1922 sogar auf 9.4. Wenn dieser Anstieg anhält, wird bald die Durchschnittszahl der Vorkriegszeit erreicht sein. Die Trinkerfürsorgestelle beim städtischen Gesundheitsamt wird also im Kampfe gegen die die Volksgesundheit schädigenden Folgen des Alkoholismus eine grosse Arbeit zu leisten haben und zusammen mit den von der Gemeinde reichlich subventionierten Abstinentenvereinen, aufklärend, und werbend wirken müssen.

Ehrenpreis der Gemeinde. Der von der Gemeinde Wien der Kunstgenossenschaft für ihre Herbstausstellung gewidmete Ehrenpreis wurde von dem aus Vertretern der Gemeindeverwaltung und der Künstlerschaft bestehenden Preisgerichte dem akademischen Maler Alfred Wagner für die Gesamtheit der von ihm in dieser Ausstellung befindlichen Werke zuerkannt.

Weniger Infektionskrankheiten in Wien. In der letzten Sitzung der städtischen Amts- und Anstaltsärzte wurde auch der Bericht über die Gesundheitsverhältnisse in Wien im Monate September vorgelegt. Danach ist die Zahl der Infektionsanzeigen im September gegen den Vormonat um 62, gegen den Monat September des vorigen Jahres um 93 Fälle zurückgegangen. Dieser Rückgang betraf gegenüber dem Monat August hauptsächlich die Tuberkuloseanzeigen, gegenüber dem September 1923 vorwiegend die Scharlach- Typhus- und Varicellenanzeigen. Im Allgemeinen ist der Krankenstand im September infolge der Zunahme der Athmungskrankheiten leicht angestiegen. Es starben im September dieses Jahres um 52 Personen weniger als im August, jedoch um 32 Personen mehr als im September des vorigen Jahres. Insgesamt starben 1736 Personen September 1924 gegen 1788 im August und gegen 1704 im September 1923.

Änderung der Abrechnung- und Zahlstellen für die Fürsorgeabgabe der Ges.m.b.H. Nach der Verordnung des Wr. Stadtsenats als Landesregierung vom 30. Sept. 1924, L.G. Bl. für Wien Nr. 53 haben sämtliche Gesellschaften m.b.H. die Fürsorgeabgabe bei der Fachrechnungs- Abteilung desjenigen magistratischen Bezirksamtes, in dessen Sprengel der Standort des Betriebes gelegen ist, abzurechnen und bei der Rechnungsabteilung des gleichen Bezirksamtes einzuzahlen. Dementsprechend werden jene Gesellschaften m.b.H., die bisher die Fürsorgeabgabe in Wien, I, Neues Rathaus zentral abgerechnet und bezahlt haben, eingeladen, nach dem 31. Oktober 1924 die Fürsorgeabgabe bei der Fachrechnungsabteilung des nach dem Betriebsort örtlich zustehenden Bezirksamtes abzurechnen und bei der Rechnungsabteilung des gleichen Bezirksamtes einzuzahlen.

Neue Gesellschaft für Musik- Volksbildung in Wien. Diese Gesellschaft hat sich vor Kurzem unter Vorsitz des Horates Max Reisner und der fachlichen Leitung des Tonkünstlers Egon Stuart Willfort konstituiert. Als Beisitzer im Arbeitsausschusse fungieren: Reg.R. Enders, Schulrat Jaksch, Hofrat Dr. Möckel und Stadtrat Richter. In der gründenden Versammlung waren führende Persönlichkeiten aus Kundtschul- und ministeriellen Kreisen anwesend. Zweck der Gesellschaft ist durch Abschaffung des musikalischen Analphabetentums die Musikpflege auf eine neue breitere Grundlage zu stellen. Zu diesem Zweck sind aufklärende Vorträge und Unterrichtskurse in Aussicht genommen. Diese, die in allen Bezirken eingerichtet werden, sollen bei minimalen Regiebeiträgen allen Volksschichten ermöglichen, in unterhaltender Weise auf gesanglicher Grundlage die elementare Musikbildung sich anzueignen. Diese Kurse sollen gleichzeitig dazu dienen, den bestehenden Musiklehrern und Musikschulen ein vorzüglich geeignetes und reichliches Material vorzubereiten und grossen Talenten unbemittelter Kreise kostenlose Weiterbildung durch erste Lehrer zu vermitteln. Der erste Vortrag über die Prinzipien einer rationellen Kunsterziehung der Allgemeinheit und deren sozialen und ethischen Wert hält am 8. November 7 Uhr Abends im Kleinen Konzertsaal Egon Stuart Willfort. Ein allgemein zugänglicher Sängerkurs der Gesellschaft wird an jedem Dienstag von 7 bis 9 Uhr Abends in Saale der Allgemeinen Arbeiterkrankenkassa Magdalenenstrasse 33 abgehalten. Gäste sind jederzeit zugelassen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl HONAY

Wien, Dienstag den 11. November 1924.

WIENER GEMEINDERAT

Die Sitzung wird um fünf Uhr nachmittags vom Bürgermeister Seitz eröffnet. Es wird sofort die Tagesordnung erledigt.

G.R. Müller (sz.) beantragt die Herstellung eines Holzstöckelpflasters auf dem Schottenring zwischen der Hess- und Schätten-gasse. Die Kosten betragen 266 Millionen Kronen.

G.R. Maria Wielsch (chr. soz.) erklärt, dass bei der Haltestelle Schottenring der Strassenbahn die Pflasterung sehr schlecht sei. Man könne dort, gleichgültig ob es schön ist oder ob es regne, nasse Füße bekommen. Dieser Uebelstand müsse durch die gründliche Ausbesserung des Pflasters beseitigt werden.

Der Referent teilt mit, dass dort ein Mosaikpflaster hergestellt werden wird und die Arbeiten bereits begonnen wurden.

Der Antrag wird hierauf angenommen.

Stadtrat Breitner beantragt die Ermässigung der Fürsorgeabgabe von  $4\frac{1}{2}$  auf 4 ein sechzehntel Prozent und sagt, dass der Nationalrat im Februar 1923 beschlossen hat, dass die Gemeinden einen Beitrag zu den Ausgaben des Bundes für die Arbeitslosen - Unterstützung leisten müssen. Die Gemeinde musste daher für diese neue Ausgabe eine Bedeckung suchen und es wurde nach dem damaligen Stande der Arbeitslosigkeit eine Erhöhung der Fürsorgeabgabe von vier auf vier ein Viertel und für die Banken und Geldinstitute von acht auf acht einhalb Prozent beschlossen. Es hat sich aber gezeigt, dass durch die grossen Arbeiten der Gemeinde ein bedeutender Rückgang der Arbeitslosigkeit eingetreten ist, andererseits allerdings auch gewisse Erhöhungen der Arbeitslosenunterstützung für die Gemeinde grössere Ausgaben verursachten. Im Jahre 1924

ist die Arbeitslosigkeit in Wien gegenüber 1923 ziemlich zurückgegangen. Der Rückgang beträgt ungefähr 15.000. In den letzten Tagen ist eine kleine Steigerung eingetreten, die wohl darauf zurückzuführen ist, dass mit dem Eintritt der kalten Jahreszeit gewisse Saisonarbeiten aufhören. Um nun dem Wirtschaftsleben eine Erleichterung zu bieten, soll in der allgemeinen Steuerklasse die Fürsorgeabgabe um ein sechzehntel Prozent ermässigt werden während für die Banken der alte Satz aufrecht bleibt. Die Ermässigung soll rückwirkend vom 1. Oktober 1924 an beschlossen werden.

G.R. Reiter (chr. soz.) erklärt, dass die Fürsorgeabgabe das Rückgrad des jetzigen Steuersystems der Gemeinde sei, was halb über dieses System eingehend gesprochen werden müsse. Es wird oft die Frage aufgeworfen, ob eine solche Steuerpolitik, die den Gewerbestand vernichtet notwendig sei. Wir wissen es aus Ihren Reden und Schriften, dass Sie diese Steuerpolitik absichtlich machen um die Besitzenden derart mit Steuern und Abgaben zu quälen, dass sie ihren Besitz billig der Gemeinde abtreten. Das ist erst kürzlich in der Arbeiterzeitung wörtlich zu lesen gewesen. Redner verweist auf die sonntägige Demonstration der Gewerbetreibenden vor dem Rathause, man habe hier das konservative Element auf der Strasse gesehen, diese 30-000 Menschen sind freiwillig gekommen um gegen die Steuerpolitik des Stadtrats Breitner zu demonstrieren. Diese Politik ruiniere nicht nur den Mittelstand, sondern steigere auch die Teuerung produ-

ziere obdachlose und unzufriedene Menschen, welche die Sozialdemokratie eben brauche. Durch die Fürsorgeabgabe sei Stadtrat Breitner eigentlich Mitinhaber bei allen Geschäften geworden. Nun heisst es, dass diese Fürsorgeabgabe noch erweitert werden soll. Die Agenten Breitners gehen zu den Stückmeistern und erheben dort für welche Konfektions-Firmen sie arbeiten; man will dadurch diese Gewerbetreibenden zur Zahlung einer Fürsorgeabgabe zwingen, weil sie den Stückmeistern die <sup>Ware</sup> zur Verarbeitung liefern. Das Spitzelwesen in städtischen Steuersachen sei ohnegleichen verbreitet und die von Breitner verhängten Steuerstrafen zeichnen sich durch besondere Härte aus. Die Gewerbetreibenden werden sich, wie sie am Sonntag bewiesen haben, gegen diese Bedrückungen bis zum letzten Moment wehren. Man werde noch ganz andere Dinge erleben. Wir werden nicht zu Gewalttaten schreiten, aber ihnen beweisen, dass Sie noch eine Aenderung Ihrer Steuerpolitik vornehmen müssen. Die Art der Ermässigung der Fürsorgeabgabe, wie sie der Referent vorschlägt, sei geradezu unsinnig man müsse schon ein gewiegter Mathematiker sein um sich in diesen geringen Bruchteil zurechtzufinden. Uebrigens mache der zu erwartende Mehrertrag der Fürsorgeabgabe das doppelte dessen aus, was durch die geringe Ermässigung als Minus aufscheine. Redner beantragt schliesslich die Fürsorgeabgabe für Produktivgewerbe auf 4% herabzusetzen.

G.R. Deppler (chr. soz.) erklärt, dass es lächerlich sei in Frage stehende Herabsetzung zu beantragen während man auf der einen Seite alles benütze um höhere Steuereingänge zu erzielen behandle man, wie seinerzeit die Debatte über seinen Dringlichkeits-Antrag bewiesen habe diesen Gegenstand in unwürdiger Weise.

G.R. Zimmerl (chr. soz.) erwähnt zunächst, dass in der heutigen Arbeiterzeitung ein Artikel erschienen sei, der die Gemeindeabgaben von 56 Steuerträgern der Öffentlichkeit preisgebe. Im Finanzausschuss werden Steuerdaten nur streng vertraulich bekannt gegeben. (Lebhafte Unruhe).

G.R. Biber (chr. soz.) Eine solche Vertraulichkeit braucht nicht gehalten zu werden.

G.R. Zimmerl fragt wer diesen Vorgang veranlasst habe und stellt einen Antrag, dass der Gemeinderat den Bürgermeister ersuche, eine diesbezügliche Untersuchung einzuleiten und darüber dem Gemeinderat innerhalb von drei Wochen Bericht erstatte.

G.R. Bermann (soz. dem.) Schach der Demagogie!

G.R. Zimmerl sagt weiter die Fürsorgeabgabe sei an sich keine Zweckabgabe gewesen. Aber die seinerzeitige Erhöhung von 4 auf  $4\frac{1}{2}$  und von 8 auf  $8\frac{1}{2}$  Prozent sei eine reine Erhöhung für einen bestimmten Zweck gewesen, das gehe aus der Debatte hervor. Nach seiner Berechnung werde die Fürsorgeabgabe im Jahre 1924 mehr als im Jahre 1923 nämlich 600 Milliarden <sup>tragen</sup>. Da die Arbeitslosigkeit kaum höher werden werde als im vorigen Jahre, so würden 31 Milliarden aus dieser reinen Zwecksteuer übrigbleiben. Es werde also in einer Krisenzeit eine reine Zweckabgabe über das Mass hinaus eingehoben und da dürfe man sich nicht wundern, wenn da von Steuerpolschewismus gesprochen werde und wenn man darüber beraten werde, wie man den Steuerreferenten dazu bringen könne, sich im Rahmen der bestehenden Gesetze zu halten und nur so weit Steuern einzuheben, als <sup>ihn</sup> das Gesetz dazu ermächtige. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen).

2

Stadtrat Breitner : Es handelt sich hier um ein ganz planmässiges Steuersystem, dass darauf abzielt die Besitzenden in einer Form wie sie es bisher nicht gewohnt waren in Wien zu Steuerleistungen heranzuziehen und das bringt die Leute ausser Rand und Band.

G.R. Rotter : Der kleine Schuster !

Stadtrat Breitner . Wenn ein einziger kleiner Schuster, Schneider, Tischler oder sogar Fleischhauer an Gemeindeabgaben soviel bezahlt als der sechstausendfache Mietzins beträgt den sie ihn auferlegen wollen, dann bin ich gerne bereit die Wiener Gemeindeabgaben selbst als übertrieben zu erklären und an ihrem Abbau mitzuwirken ( Lebhafter Beifall ). G.R. Rotter hat erklärt, dass Mietzins und Gemeindeabgabe zwei verschiedene Dinge seien. Sie sind nicht so verschieden, und wenn sie diese Abgabe von den Löhnen als eine unerträgliche Belastung der Produktion empfinden, so bitte ich doch einmal einen Geschäftsmann zu fragen ob er nicht auch jenen Mietzins, den er dem Hausherrn für seine Wohnung zahlen muss in seine Produktionskosten einrechnet und ob er nicht selbstverständlich wenn er den sechstausenfachen Friedenszins bezahlt; mit dem <sup>Preis der</sup> Produkte die er abgibt oder erzeugt in die Höhe gehen muss. Wenn man davon spricht, dass dieser Mietzins heraufgesetzt werden kann so hat man das Recht verwirkt an diesen Gemeindeabgaben Kritik zu üben ( Lebhafter Beifall ). Ich verpflichte mich vor jeder Gewerbegeossenschaft an der Hand der einzelnen Mietglieder den Nachweis zu erbringen, dass die Gemeindeabgaben so lächerlich geringe Beträge darstellen, dass sie selbst wenn man dem kleinen Gewerbetreibenden völlige Steuerfreiheit gewährte weder für die Preisgestaltung noch für den Einzelnen <sup>irgend eine</sup> Rolle spielen würden. Und schliesslich waren ja die Gewerbe auch im Frieden nicht steuerfrei. Sie mussten eine Steuer entrichten nur war sie in der Form des Hauszinses gekleidet und darum weniger erkenntlich. Die Frage der Stückmeister, die G.R. Rotter berührt hat ist gegenwärtig noch nicht geklärt. Der Verwaltungsgerichtshof hat kürzlich entschieden, dass Handelsagenten auch wenn sie einen Gewerbeschein besitzen unter gewissen Verhältnissen Abgabepflichtig sind weil sie nach der ganzen Natur ihrer Beziehungen zum betreffenden Geschäft als fremde Arbeitskräfte anzusehen sind. Da das Lösen eines Gewerbescheines eine sehr einfache Sache ist, so kann man es netürlich nicht zulassen, dass gerade die grössten Geschäfte sich unter Umständen der Fürsorgeabgabe dadurch entziehen, dass einzelne Arbeitskräfte sich als selbstständige Gewerbetreibende deklarieren ohne es in Wirklichkeit zu sein. G.R. Rotter hat ferner behauptet, dass die Gemeinde an den Lohnsteigerungen durch die Fürsorgeabgabe profitiert und der beantragte Nachlass ein Schwindel sei. Nun machen sich alle Lohnsteigerungen auch irgend wie im Gemeindehaushalt fühlbar, es wäre gewiss sehr wünschenswert, dass das Erträgnis der Fürsorgeabgabe nicht steige und es wäre wünschenswert, dass die Krone auch in ihrer Kaufkraft stabil bleibe, dann könnten wir in der Gemeinde davon sprechen, dass wir eine ruhige und geordnete Wirtschaft haben. Wir sehen uns keineswegs nach diesen Lohnsteigerungen <sup>die</sup> in Wirklichkeit auf der anderer Seite weit höhere Ausgaben verursachen. G.R. Zimmerl hat profetisiert, dass wir heuer nicht die 450 präliminierten Milliarden sondern 600 Milliarden <sup>Propheten</sup> an Fürsorgeabgabe einnehmen werden. <sup>Propheten</sup> ist ein undankbares Geschäft und es ist besser, wenn man die im Finanzausschuss gegebenen Ertragsziffern einfach mit zwei multipliziert ( Heiterkeit ). G.R. Rotter hat erklärt, dass dieser Nachweis von dreisechzehntel Prozent keine Bedeutung habe hat aber gleichzeitig einen Antrag eingebracht, dass man die Fürsorgeabgabe <sup>auf</sup> vier Prozent herabsetze. Dieses eine sechzehntel kann doch dann nur eine noch geringere Bedeutung haben

und wir können seinen Anträgen nicht folgen weil wir solchen gewaltigen Ausgaben gegenüberstehen, dass wir in jeder Beziehung äusserst vorsichtig sein müssen.

G.R. Rotter : Was ist mit der „Wihoko“ ?

Str. Breitner: Da haben wir uns erlaubt einmal selbst etwas zu tun.

G.R. Doppler hat neuerlich über seinen Dringlichkeitsantrag gesprochen und beklagt, dass man ihn nicht so sehr gewürdigt habe. Ich hätte sehr gewünscht, dass G.R. Doppler Gelegenheit gehabt hätte, an der Beratung der Finanzreferenten der Bundesländer unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers teilzunehmen. Es waren mit Ausnahme von mir lauter Gesinnungs- und Parteigenossen des G.R. Doppler und sie haben sich nicht gerade sehr rühmend über diesen Antrag geäussert (Leghafte Heiterkeit), nur auf sehr sehr starkes Zureden und nachdem die Sitzung sehr lange ohne Ergebnis gedauert hatte und dann abgebrochen wurde haben sie sich sichtlich unter einem überaus starkem Druck entschlossen dem Antrag zuzustimmen. Ich habe gar kein Hehl gemacht, dass wenn wir auch bereit sind gewisse Opfer zu bringen uns grosse Wirkungen davon nicht versprechen. G.R. Zimmerl hat einen Antrag gestellt dass die Veröffentlichung von Steuerdaten in einem Tagblatt vom Bürgermeister zum Gegenstand einer Untersuchung gemacht werde. Darüber wird der Gemeinderat entscheiden. Unrichtig ist seine Behauptung dass es sich bei der Fürsorgeabgabe um eine Zwecksteuer handle. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass diese Steuer lediglich an einen ganz bestimmten Rechtszustand gebunden ist an den Rechtszustand nämlich, dass die Gemeinde verpflichtet ist, an der Arbeitslosenunterstützung teilzunehmen. Wenn also G.R. Zimmerl und seine Parteigenossen im Nationalrat dafür einzutreten, dass wir wieder zu jenem Zustand gelangen der bis zum Februar 1923 geherrscht hat, dass nämlich die Länder und Gemeinden von der Last der Arbeitslosenunterstützung befreit werden, so wird automatisch dieses Gesetz ausser Kraft gesetzt werden und die seinerzeit beschlossene Erhöhung wieder wegfallen. Die kleinen Gewerbetreibenden werden wenn sie ruhig und nüchtern überlegen selbst erkennen, dass sie keine Ursache haben mit unserer Steuerpolitik unzufrieden zu sein. Sie zahlen in Wirklichkeit ganz kleine Beträge. Ich lade die Herren der Minderheit ein sich von den Mitgliedern des Gewerbebundes eine Ermächtigung geben zu lassen, dass ihre Steuerdaten ihnen bekannt gegeben werden und er wird sehen dass ihre Gemeindesteuern eine ganz unbedeutende Rolle spielen die in ihrer ganzen Lebensführung gar keine Bedeutung hat.

500.000 bis 1,500.000 Millionen Kronen im Jahre im Jahre machen doch wirklich nichts aus. Wir leugnen nicht, dass eine Reihe von Betrieben, insbesondere das Schankgewerbe wenn es sich um Luxus- und Konzertlokale handelt (Unruhe) sehr stark belastet ist aber die grosse Masse der Gewerbetreibenden leistet ihnen nur aus gewissen Gründen der Parteipolitik Gefolgschaft (so ist es) und sieht gar nicht ein, dass sie als Vorgann benützt wird.

G.R. Rummelhardt : Sie irren sich ! Die Leute haben sich an die Partei gewendet.

Str. Breitner . Alle diese Demonstranten soweit sie wirklich Gewerbetreibende gewesen sind waren sich entweder nicht klar um was es sich handelt oder sie sind im blinden Vertrauen zur Genossenschaft die sie geführt hat mitgegangen oder sie machen keinen Unterschied zwischen der Steuerleistung an den Bund und der an die Gemeinde (So ist es), oder sie machen die Gemeinde der sie gar nicht so viel Steuern zahlen für Dinge verantwortlich an denen sie keine Schuld hat, wie für die Wirtschaftsverhältnisse nach dem Kriege. Mein grosser Verdacht ist, dass ein sehr erheblicher Teil dieser Demonstranten aus Gewerbetreibenden besteht die auch Hausbesit-

zer sind und dass es in Wirklichkeit um eine Kundgebung gegen den Mieterschutz gehandelt hat. Diese Leute haben sich der Hoffnung hingegeben, dass sie wenn sie die Sozialdemokraten zu Falle bringen, zwar nicht weniger Steuer zahlen, aber wieder in ihrem alten Hausherrnglanz eingesetzt werden. Redner bittet schliesslich um Annahme seiner Vorschläge und spricht sich gegen eine weitere Herabsetzung der Fürsorgeabgabe aus. (Stürmischer Beifall -).

Der Antrag Rotter wird bei der Abstimmung abgelehnt, der Referentenantrag angenommen.

Der Antrag Zimmerl wird abgelehnt. Diese Ablehnung erregt auf den Bänken der Opposition lebhaft Unruhe und es werden zahlreiche Protestrufe laut.

GR-Kunschak: Unerhört! Das ist der grösste Skandal!

GR-Panosch: Das sind die Vertreter der Freiheit. Das ist ein Schandstück der Partei!

GR-Kunschak: Der Amtsmisbrauch wird hier sanktioniert! Das heisst man die Schamlosigkeit auf die Spitze getrieben.

GR-Müller (chr.soz.): Da muß man vor Gericht gehen!

GR-Kunschak: Der Finanzreferent hat sich geschämt, seine eigene Meinung zu sagen.

In dem Lärm hört man zahlreiche Rufe: Gemeinheit! Unerhört! Und da lachen sie noch dazu. Schämt ihr euch denn nicht?

GR-Kunschak: Da muß man sich ja schämen Gemeinderat zu sein!

GR-Schütz (Soziald.) berichtet über Baulinienbestimmungen und Abänderungen in Rudolfsthal und Hernalis.

Der Vorsitzende Gemeinderat Schorsch erteilt nun das Wort dem christlichsozialen Gemeinderat Doppler. Die Christlichsozialen rufen Doppler zu, ermüde zu Gunsten des Gemeinderates Kunschak aufs Wort verzichten.

Gemeinderat Kunschak: Wir waren jetzt Zeugen einer Beschlussfassung des Gemeinderates, die jedem Gemeinderat unerträglich sein muss. Es ist ein Amtsmisbrauch einwandfrei festgestellt worden und wir bestehen darauf zu konstatieren, dass für diesen Misbrauch nicht etwa irgend ein Beamter schuldig gemacht werde. Wir wollen der Beamtenschaft die Ehre wollen, dass sie an dieser Veröffentlichung nicht teil hat. Deckt die Mehrheit derartige Vorgänge, so sind wir gezwungen, die heutige Sitzung zum Protest dagegen zu verlassen und an ihr nicht mehr teilzunehmen. (Beifall bei den Christlichsozialen)

Die christlichsozialen Gemeinderäte verlassen nun unter erregten Zurufen gegen die Mehrheit den Saal.

Vorsitzender Schorsch: Zu den in Behandlung stehenden Punkt liegt keine weitere Wortmeldung vor. Es wird sodann der Antrag des Referenten in Abwesenheit der Christlichsozialen angenommen.

G.R. Schütz berichtet nun über die Baubewilligung für die Erweiterung der städtischen Bäckerei „Spinnerin am Kreuz“, über eine Vorlage durch die für das Gebäude des Komenskyvereines in Ottakring die Grösse der Vorgärten geregelt wird.

Da die zu den beiden Anträgen vorgemerkten Redner Kürber, Orel und Rotter nicht anwesend sind, verlieren sie das Wort und die Anträge werden angenommen.

St.R. Siegel berichtet über einen städtischen Wohnhausbau in Rudolfsthal und über die Baubewilligung für eine Wohnhausanlage der Gemeinde in Hernalis. Die Kosten betragen 10.6 Milliarden Kronen.

G.R. Iser (Soz.) wünscht, dass im nächsten Jahre das Wohnbauprogramm für den östlichen Teil Floridsdorfs ausgestaltet werde. Die Gemeinde hat wohl schon heuer den Wünschen der Bevölkerung entsprochen, leider konnte die Gemeinde das Bauprogramm nicht vollständig ausführen, weil der Bund bei der Beschaffung der Grundstücke Schwierigkeiten mach-

4  
Te. es sollte daher die bereits unterbrochenen Verhandlungen mit dem Bund wieder aufgenommen werden. Vielleicht kann doch noch das erste grosse Programm verwirklicht werden.

Der Referent erwidert, dass die Gemeindeverwaltung es als überaus dringend erachte, der in Stadlau herrschenden Wohnungsnot durch den Bau neuer Wohnungen abzuhelfen. Leider besitzt doch dort der Bund die geeigneten Grundstücke und wir können sie nicht erhalten, obwohl Gemeinderat Kunschak seine Hilfe zugesichert hat.

Bei der Abstimmung werden die Anträge einstimmig angenommen.

St. R. Siegel berichtet nun über die Wohnbauanlage „Sandleitentan“. Dort werden jetzt 1700 Wohnungen gebaut und ein neuer Stadtteil wird entstehen.

G. R. Ulreich (chr. soz.) ist im Saale nicht anwesend und verliert das Wort.

G. R. Schutz (soz. dem.) bemerkt, man müsse insbesondere den Schräbergärtnern an der Sandleitentan für ihr Entgegenkommen danken wodurch der Gemeinde die Wohnhausbauten in diesem Gebiete ermöglicht worden seien. Es sei zu hoffen, dass in diesem Bezirk baldigst auch andere kommunale Wohnbauten aufgeführt werden. Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

G. R. Siegel beantragt für die weitere Ausgestaltung der Hauskehrtafeln nach dem System Colonia einen Zuschusskredit von 2.1 Milliarden Kronen zu bewilligen. Der Referent erinnert an die einst von dem Liberalen Gemeinderat Dr. Granitsch vorgebrachte Feststellung, dass sieben Bürgermeister die Abschaffung des Mistbauers vergeblich gefordert haben. Nun dürfe man sich freuen, dass unter dem achten ~~XXXXX~~ Bürgermeister der Mistbauer nun wirklich aus der Welt geschafft wird. Ueber das Colonia System hört man in Wien nichts reden und daher scheint es auch gut zu sein denn man sagt ja auch von einer Frau, dass sie die bravste ist, wenn man von ihr nichts redet. Wir hoffen, es wird uns gelingen mit der Einführung des Colonia-Systems mitte des Jahres 1926 fertig zu sein. Ich werde dann darauf bestehen, dass der ganze Gemeinderat anwesend ist, wenn wir den letzten alten Mistbauer Blumenbekrönt zum letzten Male auf den Bruckhaufen den Mist ablagern sehen, wo er sich dann mit seiner eigenen Glocke das Zünglein käufen kann.

G. R. Dr. Motzko (chr. soz.) ist im Saal nicht anwesend und verliert das Wort.

Der Referentenantrag wird dann angenommen.

G. R. Siegel beantragt die Bewilligung eines Zuschusskredits von 1 Milliarde für die Durchführung weiterer Strassenöhlungen. Die G. R. Binder, Orel und Josef Müller sind im Saale nicht anwesend und verlieren das Wort.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

G. R. Siegel erklärt, dass Dank des günstigen Bauwetters, schon neuer eine Reihe von kommunalen Bauten des 25er Bauprogrammes in Angriff genommen werden könnten, so auch der Wohnhausbau in der Philipsgasse im XIII., Bezirk, der hundertzweiundachtzig Wohnungen haben werde. Der Referent beantragt für diesen Wohnhausbau die Kosten von 21-Milliarden zu genehmigen.

G. R. Orel (chr. soz.) ist im Saale nicht anwesend und verliert das Wort.

G. R. Kurz (soz. dem.) dankt namens der Bevölkerung des XIII., Bezirkes dem Gemeinderat für die rege Bautätigkeit und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass der Referent bald wieder einen Bau für diesen Bezirk beantragen werde, weil dort 2000 Wohnungslose sind.

G. R. Huber (chr. soz.) ist im Saale nicht anwesend und verliert das Wort.

G. R. Tandler berichtet über die bauliche Erweiterung des Entbindungsheimes in der Brigittenau, dass gegenwärtig nur für 30 Frauen Platz habe und durch Zubauten und den Aufbau eines Stockwerkes Raum für 100 Betten bieten werde.

G. R. Stöger (chr. soz.) ist im Saale nicht anwesend und verliert das Wort.

G. R. Epp (soz. dem.) führt aus es sei zu begrüßen, dass durch den geplanten Zubau und die Stockwerkaufsetzung der Belagraum des Entbindungsheimes Brigittaspitals vergrössert werde. Besonders die Frauen Floridsdorfs hatten unter dem weiten Weg den sie in ihren schwersten Stunden in die Entbindungsheime im XIX., Bezirk zurücklegen mussten viel zu leiden. Diese Frauen werden der gegenwärtigen Gemeindeverwaltung für diese Ersparnis sicherlich Dank wissen. Wir können nur wünschen dass dieses Projekt beschleunigt werde und so viele Frauen rasche Hilfe finden. Der Antrag des Referenten wird mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

Str. Tandler berichtet hierauf über die Neufestssetzung der Höchstgrenze für die Erhaltungsbeiträge in der offenen Fürsorge und beantragt, diese anstatt mit Kronen 250.000.- mit Kronen 300.000.- ab 1. November dieses Jahres festzusetzen. Antrag wird angenommen.

Str. Tandler referiert über die Uebernahme der Frauengewerbeschule des Vereines „Selbsthilfe“ und über die Errichtung einer „Frauengewerbeschule“ der Stadt Wien.

Die G. R. Mehrbaur, und Panosch (chr. soz.) verlieren, da im Saal nicht anwesend, das Wort.

G. R. Stöckel (soz. dem.) führt aus, durch die Uebernahme dieser Schule setze die Gemeinde ein Werk fort, das sie schon im Vorjahre durch die Uebernahme der Haushaltungsschule begonnen habe. Die Bundeslehranstalt für Frauengewerbe weise einen derartigen Zuspruch aus, dass sie dem schon nicht mehr gerecht werden könne. Durch den gegenwärtigen Schritt der Gemeinde komme man dem Wissens- und Erwerbdrang der Frauen gewaltig entgegen. Dafür werde die Bevölkerung der Gemeinde sicherlich Dank wissen. Der Antrag wird hierauf mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

Vic. Bürgerm. Emmerling, beantragt einige Tarife der städtischen Lagerhäuser zu ermässigen.

Da der zu Wort gemeldete christlich soziale Gemeinderat Rotter im Saale nicht anwesend, verliert er das Wort.

Der Antrag des Referenten wird angenommen.

Vic. Bürg. Emmerling, berichtet sodann über die Erweiterung des Geschäftskreises der städtischen Leichenbestattungsanstalten. Schon bisher seien diese Anstalten vielfach ausserhalb des Gemeindegebietes in Anspruch genommen worden. Um den vielfachen Anforderungen besser gerecht werden zu können sollen in Zusammenarbeit mit der Wiener Zentrale in der Umgebung Zweigniederlassungen der Unternehmung errichtet werden.

G. R. Orel (chr. soz.) im Saal nicht anwesend, verliert das Wort. Antrag des Referenten wird angenommen.

Vic. Bürg. Emmerling berichtet über die Erbauung zweier Arbeiterhäuser für die Belegschaft der Braunkohlen-Bergbau-Gewerkschaft Zillingdorf. Diese Bauten seien bereits im Sommer von Bürgermeistern genehmigt, in Angriff genommen worden. Referent bittet den Gemeinderat um nachträgliche Genehmigung des Projektes.

G. R. Orel (chr. soz.) im Saal nicht anwesend, verliert das Wort. Antrag des Referenten wird hierauf angenommen.

5  
G.R. Thaller, ( soz. dem.) berichtet über die Gewährung einer Subvention in der Höhe von 20 Millionen Kronen für den Verein Volkskunde.

G.R. Kunschak und Zimmerl ( chr- soz-) verlieren das Wort, durch ihre Abwesenheit .

Antrag des Referenten wird angenommen.

G.R. Thaller berichtet über die Gewährung einer Subvention von 300 Millionen Kronen an den allgemeinen Verband für freiwillige Jugendfürsorge.

Die G.R. Motzko und Stöger ( chr- soz.) verlieren das Wort, durch ihre Abwesenheit.

G. Rita Pölzer ( soz. dem.) In dem allgemeinen Verband für freiwillige Jugendfürsorge Beständen unter den einzelnen Gruppen gewisse Gegensätze und man könne nur erwarten, dass die im Ear itasverband zusammengeschlossenen Vereine ihre Tätigkeit in Zukunft mehr den Wünschen der Mehrheit der Bevölkerung anpassen werden.

baues von Aufbaueinghallen auf den Friedhöfen in Gröss Jedleradorf, Sievering, Neustift am Walde und Heiligenstadt. Zu diesem Antrage hatten sich die G-R- Josef Müller und Orel zum Worte gemeldet .

G.R. Grünfeld beantragt ferner den Zubau zur Steinmetzwerkstätte beim Zentralfriedhof der einen Kostenbetrag von 400 Millionen Kronen erfordere zu genehmigen-.

Die G.R. Fanosch, Erbau und Orel verlieren, da sie im Saale nicht anwesend sind, das Wort.

G.R. Rudolf Müller ( soz. dem. ) begrüsst den Zubau als eine wirkliche Notwendigkeit der die Produktion verbillige und rationeller gestalte. Die Behauptung , dass die Steinmetzwerkstätte den Gewerbetreibenden Konkurrenz mache, sei unrichtig, sie arbeite nicht billiger als die übrigen Steinmetze und beschäftige nicht mehr als 20 Personen. Die christlich soziale Majorität habe während ihrer 25jährigen Herrschaft das Rathaus verfallen lassen. Hätte sie für dieses Baudenkmal mehr Sorge getragen, so, könnten heute 7 Millionen erspart werden ( sehr richtig ). Das gleiche sei von den Denkmälern zu sagen. Die Wiener Steinmetzwerkstätten habe durchaus ihre Berechtigung. ( Beifall ).

Hierauf werden die Referentenanträge angenommen.

G.R. Nachtnebel , referiert über einen Sachkredit von 22.5 Milliarden für die Städtischen Elektrizitätswerke zur Anschaffung von 38.000 Stück Elektrizitätszählern.

Die G.R. Kierer und Untermüller sind nicht im Saale anwesend und verlieren das Wort.

Die Referentenanträge werden angenommen.

G-R. Fausnitz , referiert über einen Nachtragskredit von 356 Millionen Kronen für die Umlegung der Strassenbahnlinie 2 zwischen der Sezession und der Akademiestrasse.

Der Antrag wird da die G.R. Scholz und Untermüller nicht im Saale sind , debattelos angenommen-.

Str. Speiser , referiert über die Lohnhöhung für die Arbeiter-

schaft der städtischen Elektrizitätswerke - und der Ueberlandzentrale Ebenfurth.

Debattelos angenommen, da die G.R. Heider und Scholz nicht anwesend sind.

Str- Speiser, referiert über einen Zuschusskredit von 10 Milliarden Kronen anlässlich des Mehraufwandes zugunsten der gemeinsamen Pensionsparteien der Bundesländer Wien und Niederösterreich insbesondere der Lehrer - Altpensionisten.

Zum Worte waren die G.R. Rummelhart und Kürber gemeldet, Die Anträge werden angenommen-.

G.R. Weser -, beantragt die Genehmigung eines Kredits von 700 Millionen Kronen zur Herstellung einer Gartenanlage in der Richthausenstrasse im XVII., Bezirk . Nach der Konstatierung dass G.R. Dappler der nicht im Saale anwesend ist wird der Antrag angenommen.

Der Vorsitzende schliesst die Sitzung um  $\frac{1}{2}$  9 Uhr. Hierauf findet eine vertrauliche Sitzung statt.

Wien, Dienstag den 11. November 1924.

.....  
Der Leuchtbrunnen morgen im Betrieb. Morgen, am Tage der Republik wird der Leuchtbrunnen von 6 - 8 Uhr abends in Betrieb gesetzt. Dieses Schauspiel wird den Wienern an diesem Abend zum letztenmale in dieser Saison geboten.

Herabsetzung des Zinsfußes bei der Zentralsparkassa der Gemeinde Wien. Zufolge eines Beschlusses des Vollzugsausschusses werden mit Rücksicht auf die Ermässigung der Bankrate für die Verzinsung von Spar- und Scheckeinlagen bei der Zentralsparkassa der Gemeinde Wien bis auf weiteres folgende Sätze festgesetzt:

Für Einlagen zu den üblichen Abhebungsbedingungen .....	10% p.a.
" " gegen einmonatige Kündigung .....	11% p.a.
" " zweimonatige " .....	12% p.a.
" " dreimonatige " .....	13% p.a.

Diese Ansätze treten für Neueinlagen und Nachlagen sofort, für bereits bestehende Einlagen mit 1. Jänner 1925 in Wirksamkeit. Bis zu diesem Tage werden <sup>die</sup> bereits bestehende Einlagen noch zu den bisherigen höheren Zinssätzen verzinst. Gleichzeitig wurden die für Hypothekar-Konto-Korrent-, Wechsel-Konto-Korrent- und Effekten-Konto-Korrent-Kredite, sowie für den Wechselkont derzeit geltenden Zinssätze mit Wirksamkeit vom 16. November 1924 um weitere 2% herabgesetzt, so dass diese Zinssätze unter Berücksichtigung der bereits vor 2 Wochen stattgefundenen Ermässigungen derzeit in den Mindestsätzen für Hypothekar-Konto-Korrent-Kredite 18% p.a., für Wechsel-Konto-Korrent- und Effekten-Konto-Korrent-Kredite 19% p.a. und für den Wechselkont 18% p.a. einschliesslich aller Nebengebühren betragen.

.....